Basel, den 10. Oktober 1931 XXXI. Jahrgang / No. 41

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Erscheint wöchentlich 8-12 Seiten stark. Abonnementspreis: Fr. 15.— per Jahr, Fr. 8.— per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 20.— per Jahr.

Redaktion: Dr. HENRY FAUCHERRE. Verantwortlich für Druck u. Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel. Für denselben Dr. Oscar Schär

Inhalt: Führende Gedanken. — Aus dem Chaos der kapitalistischen Wirrnis in die genossenschaftliche Planwirtschaft. — Die Agrarpolitik der britischen Konsumgenossenschaftsbewegung. — Neue Formen der Entlöhnung des Handelspersonals in Russland. — Das neue genossenschaftliche Wahrzeichen Basels. — Volkswirtschaft. — Erziehungsfragen. — Aus der Praxis. — Bewegung des Auslandes. — Internationaler Genossenschaftsbund — Aus unserer Bewegung. — Sprechsaal. — Verbandsnachrichten. — Film- und Vortrags-Zentrale.

Führende Gedanken

Ein Genossenschaftsprogramm.

II.

10. Eine wachsende Zahl Menschen gelangt zu der Schlussfolgerung, dass Produktion, Verteilung und Verwaltung wirtschaftlicher und sozialer Angelegenheiten für Zwecke der Dienstleistung der menschlichen Gesellschaft grössere Vorteile bieten als der Profitzweck und dass soziale Unordnung und Ungerechtigkeit so lange bestehen werden, bis Dienstleistung das herrschende Motiv wird.

11. Freiwillige Organisation der Menschen in ihrem Interesse als Verbraucher, um sich mehr Zugang zu den Gütern des Lebens zu verschaffen, kommt zum Ausdruck in der Genossenschaftsbewegung.

12. Diese ist die einzig nichtpolitische Organisation der Menschen, welche demokratische Verteilung und Erzeugung zum Zwecke der Dienstleistung anstrebt.

13. Es erscheint möglich, dass die Mehrheit des Volkes in jedem Lande sich in Genossenschaften organisieren kann und dass diese Organisationen die nützlichen Aufgaben erfüllen können, die jetzt für profitmachende Zwecke erfüllt werden; des weiteren erscheint es möglich, dass die Genossenschaften die nützlichen Aufgaben erfüllen können, die heute von politischen Regierungen erfüllt werden, und ebenso jene nützlichen Aufgaben, die der sozialistische Staat zu erfüllen bestrebt ist.

14. Infolge des Wachstums und der Entwicklung der Genossenschaften erscheint es möglich, dass das Profitmachergeschäft und der politische Staat von ihren die Lebenshaltung der Menschen beherrschenden Stellungen zurücktreten und allmählich einen Platz mit geringeren Aufgaben einnehmen können, bis der grössere Teil der sozialen und wirtschaftlichen Dienstleistungen durch die Genossenschaften ausgeführt wird.

15. Die Genossenschaften aller Länder müssten sich — das ist einleuchtend — zur Bildung einer nationalen Organisation vereinigen, und die nationalen Genossenschaftsorganisationen müssten sich in der Absicht vereinigen, die Weltgenossenschaft zu bilden — die genossenschaftliche Demokratie.

16. Die so errichtete genossenschaftliche Demokratie müsste eine freiwillige, nichtregierungsmässige Gesellschaft sein, die den Platz des Profitgeschäfts und des politischen Staates einnähme und in der die Dienstleistung für die gesamten Menschen als Verbraucher und die Einsetzung der gegenseitigen Hilfe als Grundlage menschlicher Beziehungen den beherrschenden Zweck bilden würde.

17. Dieser Umschwung in der Gesellschaft müsste evolutionär sein; die Menschen müssten sich organisieren und im Gehen die nächsten Schritte zu tun lernen; Bildung und Schulung zur Dienstleistung müssten die Erfolgzuversicht bilden; an einen katastrophalen Ausgang dürfte nicht gedacht werden.

James P. Warbasse.

Aus: Genossenschaftliche Demokratie.

Aus dem Chaos der kapitalistischen Wirrnis in die genossenschaftliche Planwirtschaft.

III.

Kartell- und Trustpolitik als krisenverschärfende Faktoren.

Am Schluss der vorhergehenden Darlegung erklärten wir, dass die grosse Durchschlagskraft der technischen Fortschritte, die enorme Kapitalinvestitionen erfordern, sowie die Kartell- und Trustpolitik und mit ihr in engstem Zusammenhang gewisse Rationalisierungstendenzen krisenerschwerend wirken.

Versuchen wir diese Behauptung in kurzen Strichen zu belegen.

Kartelle und Trusts.

Von privatwirtschaftlicher Seite wird gerne darauf hingewiesen, dass für die heutigen Krisenerscheinungen das System der Privatwirtschaft kaum verantwortlich gemacht werden könne. Durch zahlreiche Bindungen aller Art, vor allem in Syndikaten, Kartellen und Trusts, sei die alte freie Privatwirtschaft schon längst aufgehoben. Im wirklich freien Wettbewerb hätten derartige Krisenerscheinungen gar nicht in Wirkung

treten können. Dieses Argument enthält ein Korn Wahrheit, aber eben nur ein Korn.

Die Privatwirtschaft beruht nicht nur auf dem Prinzip des gesunden freien Wettbewerbs, sondern ihr innerstes Wesen ist der Profit, der Kapitalerwerb, der mit dem fundamentalen Grundsatz jeglichen Wirtschaftens, dem notwendig zu befriedigenden Bedarf zu dienen, in Widerspruch steht.

Der schrankenlose Erwerbstrieb, der Gewinn- und Profitegoismus, der das kapitalistische Wirtschaftssystem in erster Linie charakterisiert, führt letzten Endes zu den wirtschaftlichen Bindungen, die den für die Privatwirtschaft gesunden wirtschaftlichen Wettbewerb ausschalten und gerade durch den Erwerbsegoismus zu schweren wirtschaftlichen Schädigungen führen müssen.

Kartelle und Trusts bedeuten wirtschaftliche Bindungen, Kollektivbetriebe. In Handel, Industrie und sogar in der Landwirtschaft begegnen wir den Kartellen oder den Trusts. An die Stelle des freien Einzelunternehmens tritt mehr und mehr der vielfach stärkere Trust der Unternehmungen derselben oder verwandter Branchen. Das im Trust vereinigte kollektive Unternehmerkapital beherrscht und kontrolliert z. B. ganze Industriezweige eines Kontinents, ja sogar in allen Erdteilen.

Die Gründung der Kartelle erfolgt immer zu dem Zwecke, die Konkurrenz der Betriebe untereinander auszuschalten, Erzeugung und Absatz aufzuteilen und den Verkauf nur zu den vom Kartell festgesetzten Preisen vorzunehmen. Im Kartell verliert der einzelne Unternehmer seine Unabhängigkeit nicht ganz. Er muss sich jedoch den Beschlüssen der vereinigten Unternehmungen fügen. Der Trust ist die vollendete Form in der kapitalistischen Entwicklung. Die angeschlossenen Firmen hören auf zu bestehen, ihre Unternehmungen werden aufgesogen und mit den übrigen Betrieben zu einem einzigen Grossunternehmen verschmolzen. Die früheren Besitzer werden lediglich Aktionäre der neuen Kapitalvereinigung.

In dieser Kollektivisierung von Betrieben ist der erste Schritt zur Rationalisierung der Wirtschaft zu erblicken.

Wenn auch derartige kapitalistische Bindungen nur eingegangen werden, um den Erwerbsnutzen der verbundenen Kapitalisten zu erhöhen, so ist damit nicht gesagt, dass jede Kartellgründung zu einer Verteuerung der Ware führen muss.

Im «Schweiz. Konsum-Verein» Nr. 8 des laufenden Jahrganges wurde in einer Abhandlung über «Kartellrecht und Konsumentenschutz» ausdrücklich erwähnt: «Heute wird schon vielfach erkannt, dass ein Kartell nicht unbedingt etwas für den Wirtschaftsapparat Schädliches sein muss, indem anerkanntermassen die Kartelle oft schon einen günstigen stabilisierenden Einfluss auf die Preisbildung ausgeübt haben. Auch können die Kartelle innerhalb der heutigen Wirtschaftsform die Unstimmigkeit zwischen Bedarf und Produktion durch eine Anpassung der letzteren mildern. Dies werden sie tun, solange es in ihrem erwerbswirtschaftlichen Interesse liegt, nicht aber aus Rücksicht auf die Warenversorgung der Konsumenten.» Im Gegenteil, sie spielen für die Kartellherren gar keine Rolle. In der schon wiederholt zitierten Schrift Lederers werden für Deutschland typische Beispiele angeführt. Trotz des internationalen Preissturzes müssen wir konstatieren, dass die wichtigsten Basispreise in der Kartellindustrie unverändert bleiben. Erst unter schwerstem Druck wurde die unzulängliche Senkung der Kohlenpreise um 6% zugebilligt. Der Eisenpreis aber steht immer noch unverändert da, als ein rocher de bronze. Man muss sich allmählich klar machen, was das bedeutet: Das Eisen kostet heute auf dem Weltmarkt 80 Mk. und weniger, müsste in Deutschland bei voller Auswirkung des Zolls (25 Mk.) und der Fracht für Basis Oberhausen (5 Mk.) 110 Mk. kosten, wird aber tatsächlich zu dem Preise von 137 Mk. geliefert. Die ausländische Konkurrenz ist durch die Einbeziehung des Handels in das Syndikat, durch das — bisher noch wirksame — Verbot an den Handel, ausländische Produkte über ein bestimmtes Kontingent hinaus einzuführen, vollkommen ausgeschaltet. Die deutsche Eisenindustrie liefert also an das Ausland zu 80 Mk., sie gewährt auch der Exportindustrie eine Rückvergütung, aber der Inlandabsatz, d. h. der gesamte Absatz an das Baugewerbe, die Maschinenindustrie, erfolgt zu Preisen, die 71% über dem Weltmarktpreis liegen! Dies bei einem scharfen Rückgang der Produktion, bei schwindender Kaufkraft auf dem Markte.

Und nun die Auswirkungen der

Rationalisierung

in bezug auf die Wirtschaftskrisis.

Es würde im Rahmen eines Zeitschriftenaufsatzes viel zu weit führen, das Rationalisierungsproblem auch nur in grossen Zügen zu umschreiben. Wir müssen uns darauf beschränken, darzulegen, was unter Rationalisierung verstanden wird; was die Rationalisierung will und was der Privatkapitalismus zum grossen Teil aus ihr gemacht hat, so dass sie sich krisenverschärfend auswirken musste.

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit in Berlin legt den Begriff «Rationalisierung» folgendermassen aus: «Rationalisierung ist die Erfassung und Anwendung aller Mittel, die Technik und planmässige Ordnung zur Hebung der Wirtschaftlichkeit bieten. Ihr Ziel ist die Steigerung des Volkswohlstandes durch Verbilligung, Vermehrung und Verbesserung der Güter.»

Dipl.-Ing. Walther, Privatdozent an der E. T. H. in Zürich, sieht in der Rationalisierung, im Gegensatz zur herkömmlichen, ohne Methode vor sich gehenden Betriebsführung den zielbewussten und planmässigen Kampf gegen unbewusste Verschwendung von Arbeit, Kraft, Stoff und Kapital. Rationalisieren darf nicht mit Mechanisieren verwechselt werden. Die Mechanisierung der Industrie war keineswegs immer rationell. Wir können sogar einen Betrieb rationalisieren, ohne an Maschinen Wesentliches zu ändern, höchstens eine zu teure Maschine hinausschmeissen.»

Dr. O. Leimgruber, dessen Schrift «Die Rationalisierung in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben» wir die eben zitierten Definitionen entnommen haben, macht darauf aufmerksam, dass den meisten Definitionen der Mangel anhafte, dass sie nur einen Teil des Wesens und des Zweckes der Rationalisierung umfassen, dass sie darin meist bloss ein technisches und finanzielles Problem erblicken und die mindestens ebenso wichtige soziale und ethische Seite mehr oder weniger vernachlässigen.

Was hier Leimgruber schon von den Definitionen sagt, trifft in der Praxis in noch weit grösserem Maße zu.

Der Rationalisierungsgedanke, dessen Ziel es ist, eine Steigerung des Volkswohlstandes durch Verbilligung, Vermehrung und Verbesserung der Güter zu erreichen, artete in der kapitalistischen Praxis zumeist in sein Gegenteil aus.

Was segensreich hätte wirken können, wurde im Rennen nach Profit zum Fluch.

Die Rationalisierung erspart Arbeitskräfte, und die Leistung pro Kopf der Beschäftigten steigt. Das hat zur Folge, dass zuerst Leute entlassen werden und später der Neuzuwachs an Arbeitskräften nicht im gleichen Verhältnis zunimmt, wie die Produktion. Um Arbeitslosigkeit zu vermeiden, wäre es notwendig, die überflüssig gewordenen Arbeitskräfte in neuen, in anderen Produktionen unterzubringen. Gerade das ist aber vielfach nicht gelungen. Uebertriebene Rationalisierung vermehrt das Heer der Arbeitslosen, schwächt die Kaufkraft und verschärft dadurch die Krisis.

Rationalisierung gestattet billigere Produktion. Der Ertrag wird grösser.

Der Mehrertrag würde — richtig verteilt — dem Unternehmer einen grösseren Gewinn bringen, dem Arbeiter verbesserten Lohn (grössere Kaufkraft), dem Konsumenten ein verbilligtes Produkt (wiederum die Kaufkraft stimulierend).

Der Mehrertrag müsste — in dieser Weise aufgeteilt — die Produktion anregen, auf die Krisis hemmend wirken.

Von alledem geschah, besonders in den syndizierten Betrieben, nichts. Die Rationalisierungsvorteile verdampften alle gewissermassen durch Kaptialinvestitionen in den Betrieben, aber dienten keinen produktiven Zwecken. Innerhalb der Kartelle wurden alte Betriebe stillgelegt, neue, riesenhafte Etablissemente aus dem Boden gestampft, die mit Neukapitalien belastet, in der ausgebrochenen Krisis nur einen Bruchteil ihrer Produktionskapazität zur Auswirkung bringen können.

Die «Frankfurter Zeitung» berechnet, dass in der deutschen Zementindustrie mehr als 300 Millionen Mark unnütz zur Vergrösserung der Werkanlagen vertändelt worden sind. Die Zementindustrie konnte 1930 ihre Kapazität nur zu etwa 25 bis 30 Prozent ausnützen.

Sobald die Rationalisierung — so argumentiert Dr. Leimgruber a. a. O. — letztinstanzlich zu einer trustähnlichen Konzentration führt, hat sie ihre Rolle missbraucht; aus einer an sich nützlichen und segensreichen Einrichtung wird sie zu einer schädlichen. Die Monopole und Trusts sind Auswüchse im Erwerbsleben, unter denen die Menschen bisher nur Enttäuschungen erlebten und auch immer erleben müssen.

Was müsste geschehen, wenn sich diese völlig deroutierte Wirtschaft noch aus eigener Kraft helfen wollte?

«Entwertung der zu grossen Kapitalien, Vernichtung des Zinsgenusses und der Gewinnansprüche aus Fehlinstitutionen durch Wiederherstellung der «richtigen» Preisrelationen.»

Die ganze Tragik der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation fasst Lederer in die folgenden Sätze zusammen:

«Der Automatismus der kapitalistischen Wirtschaft versagt. Die partiale Organisation der Produktion in Kartellen und Trusts, die Fixierung der wichtigsten Preise, hat die Entwicklung der Warenerzeugung gelähmt, die Aufsaugung der Arbeiterschaft in neuen Industrien und das Ansteigen des Sozialprodukts gehindert. Damit hat aber der Kapitalismus seinen Sinn verloren. Wenn er der Anpassung der Preise an die Marktlage und damit wieder der Anpassung der Produktionsverhältnisse an die Erfordernisse der Gesellschaft nicht mehr den genügenden Spielraum lässt — wie soll er dann die Krise überwinden? Da die kapitalistische Wirtschaft keine Planwirtschaft ist, müssen die Grundbeziehungen der einzelnen Produktionsstufen gewissermassen ständig flüssig sein, damit sie, ständig leicht veränderlich, elastisch, den sich wandelnden Bedingungen angepasst werden können. Die partialen Organisationen aber fixieren die Quantitäten der Produktion wie die Preise und steigern die Verluste der Gesamtwirtschaft dadurch, dass sie dieselben auf die Felder der freien Konkurrenz abwälzen wollen.»

Der wirtschaftliche Körper ist schwer erkrankt. Wo finden wir die wirksamen Heilmittel?

(Fortsetzung folgt.)

Die Agrarpolitik der britischen Konsumgenossenschaftsbewegung.

Der vom diesjährigen britischen Genossenschaftskongress eingesetzte Ausschuss hat, wie aus den «Co-operative News» ersichtlich ist, seine Beratungen über die Agrarpolitik der Bewegung nun beendet. Wie erinnerlich, konnte am letzten Genossenschaftskongress in Bournemouth in dieser Frage keine Einigung erzielt werden. Ein grösserer Ausschuss, der von Vertretern der englischen Grosseinkaufsgesellschaft (C. W. S.), der schottischen Grosseinkaufsgesellschaft (S. C. W. S.), der Genossenschaftspartei, der genossenschaftlichen Metzgervereinigung und von dem Ausschuss für landwirtschaftliche Fragen des Genossenschaftsverbandes (Co-operative Union) bestellt war, hat nach ernsten und langwierigen Beratungen einen Boden gefunden, auf dem für die ganze Bewegung eine Einigung nicht mehr schwer halten sollte. Der Leser der weiter unten folgenden Ausführungen wird merken, dass sich die Vorschläge zum sehr grossen Teil an kontinentale Vorbilder halten, dass sie sich in Gedanken bewegen, die in der schweizerischen landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung schon Verwirklichung gefunden haben und deren Erfolge auch nicht ausgeblieben sind. Darüber hinaus ist jedoch ohne Zweifel der ernsthafte Versuch der englischen Konsumentenbewegung, in organische Verbindung mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu treten, für die ganze Genossenschaftsbewegung von grosser Bedeutung. Dass natürlich der Verwirklichung solcher Bestrebungen in der Praxis heutzutage noch grosse Schwierigkeiten entgegenstehen, ist eine harte Tatsache. Wo jedoch beidseitig der Wille zur Einigung besteht, wobei gegenseitige Kompromisse oder sagen wir lieber vernünftiges Entgegenkommen nötig werden, wird sich für beide Teile die Zusammenarbeit nur lohnen.

Die folgenden Ausführungen über die neu vorgeschlagene Agrarpolitik zerfallen in vier Abschnitte:

1. Die fünf Hauptpunkte.

a) Die planmässige Uebernahme britischer landwirtschaftlicher Produkte. Der Absatz und der Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte soll vor allem deshalb plan-

mässig gestaltet werden, damit die landwirtschaftliche Produktion auf eine mehr gleichmässige und stetige Basis gestellt wird. Wie die Marktverhältnisse heute liegen, kann es vorkommen, dass die Produktion einer bestimmten Ware sehr vorteilhaft ist. Der Bauer wirft sich deshalb auf die vielleicht ausschliessliche Herstellung dieser Ware, wodurch der Markt mit diesem Artikel bald wieder überschwemmt wird. Die missliche Folge einer solchen Zickzack-Politik ist, dass der Bauer für andere Produkte den Markt verliert und dass der Preis durch die folgende Ueberproduktion sehr gedrückt wird. Diesem Uebelstande könnte man dadurch zum Teil Herr werden, indem man die Preise qualitativ bestimmt; die zwischen den so festgesetzten Preisen bestehenden Unterschiede könnten dann je nach dem Ertrag reguliert werden.

b) Der Absatz der Produkte an Warenvereinigungen. Um zu verhindern, dass für die Produzenten und den Handel eine Ueberhäufung und ein unnötiges Ineinandergreifen der Aufgaben stattfindet, sollen Warenvereinigungen gegründet werden. Dies sind Genossenschaften, die sich nur mit dem Absatz einer bestimmten Ware oder einer Reihe miteinander verwandter Waren befassen. Die einzelnen Genossenschafter können Mitglieder verschiedener Warenvereinigungen sein; aber jede Vereinigung hat sich nur auf das von ihr vertretene Produkt zu beschränken.

c) Förderung des regionalen Zusammenschlusses von Warenvereinigungen. Durch den regionalen Zusammenschluss soll die Preisfestsetzung zwischen den verschiedenen Landesteilen oder sogar für die ganze Nation erleichtert werden. Ausserdem besteht dadurch die Möglichkeit grosser Ersparnisse, indem durch die regionale Zentralisation des Handels dieser in viel grösseren Mengen getätigt werden kann, d. h. dass die Verschleisspanne verringert wird. Auch die Anlage überschüssigen Kapitals böte weniger Schwierigkeiten.

d) Bildung von genossenschaftlichen Handelsorganisationen. Diese Organisationen sollen den oben genannten Warenvereinigungen ähnlich sein, jedoch von denjenigen, die sich mit der genossenschaftlichen Warenverteilung befassen, gegründet werden.

e) Förderung der Verständigung von Produzenten- und Händlervereinigungen. Diese Verständigung soll vor allem der Festsetzung der Preise dienen, um dadurch den Handelsverschleiss auf ein gerechtes Mass zu reduzieren.

2. Vorschläge für den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten.

Zu diesem Zwecke sollten Handelsorganisationen gegründet werden, die sich mit jeder einzelnen Warenklasse befassen. Es ist unmöglich, für die ganze Nation einen für alle Produkte geltenden allgemeinen Handelsplan aufzustellen.

Soweit der genossenschaftliche Milchhandel in Frage steht, sollte die Grosseinkaufsgesellschaft (C. W. S.) sowohl für die Milchbeschaffung wie für die Verwertung der überschüssigen Milch sorgen. Die C. W. S. sollte als nationales Milch-Clearing-Haus funktionieren, in dem alle Milchlieferungen registriert werden. Sie hätte Mittler zwischen den Produzentenvereinigungen oder einzelnen Produzenten zu sein und mit der Unterstützung eines aus Produzenten und Konsumenten zusammengesetzten Ausschusses die Preise festzusetzen. Die C. W. S. wäre ausserdem auch verantwortlich für die Einrichtung von Molkereien, wo dies die einzelnen Kreise nicht tun können.

Aehnliche Regelungen mit natürlich der Natur der Ware entsprechenden Abänderungen sind für die Versorgung mit Fleisch, Kartoffeln, Eiern, Geflügel, Früchten, Tomaten und ähnlichen Produkten vorgesehen.

3. Krediterleichterungen.

Es besteht kein Zweifel, dass die Regierung sich bei der Aufstellung von so umfassenden Plänen mit Krediterleichterungen zu beteiligen hat. — In Anbetracht des grossen Kapitalmangels in der Landwirtschaft und der vielen überschüssigen Gelder in der Konsumentenbewegung sollte auch keine Gelegenheit verpasst werden, unter der Beiziehung erfahrener landwirtschaftlicher Experten zum Vorteil aller gute Anlagemöglichkeiten auszunutzen.

4. Gegenseitige Handelsbeziehungen.

Wo eine Einkaufsvereinigung für landwirtschaftliche Bedarfsartikel besteht, sollen diese auch weiterhin von der Grosseinkaufsgesellschaft bezogen werden. Wo solche Vereinigungen nicht bestehen, sollten die einzelnen Genossenschaften versuchen, den ganzen Handel in landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln für sich zu gewinnen. Wenn erst nachträglich solche Vereinigungen gegründet werden, sollte durch gegenseitige Uebereinkunft bestimmt werden, dass auch die industriellen Vereinigungen, die am Handelsausschuss, der von der landwirtschaftlichen Vereinigung und der Grosseinkaufsgesellschaft eingesetzt wird, interessiert sind, eine Vertretung erhalten.

Zum Schlusse wird der Ansicht noch Ausdruck gegeben, dass es in Anbetracht des Fehlens von Statistiken über die Produktionskosten und den nach einem bestimmten Plan geregelten Handel nicht angezeigt ist, die mehr politischen Probleme der Landfrage, des Verhältnisses von Einfuhr und britischer Produktion und der Bodenbewertung zu behandeln.

Neue Formen der Entlohnung des Handelspersonals in Russland.

Die folgenden Ausführungen entnehmen wir dem Informationsbulletin des Centrosojus, des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften der U. d. S. S. R., Moskau. Der Artikel wirft ein interessantes Licht auf die russischen Entlohnungsmethoden, die sich von denjenigen privater Unternehmungen im Wesen nicht unterscheiden. Er zeigt nur mit aller Deutlichkeit, dass der Verwirklichung theoretischer Forderungen, die sich ja sehr gut zu politischen Propagandazwecken eignen mögen, doch gewisse praktische Grenzen gesetzt sind, hinter die man, wenn man sie unvorsichtigerweise überschritten hat, wieder zurückgehen muss.

Am 17. Mai 1931 erliess der Centrosojus zusammen mit den Gewerkschaftsorganisationen eine Verfügung über die Einführung eines Prämiensystems bei der Entlohnung des Personals des Detailhandels. Die Verfügung hat zum Zweck, die materielle Lage des Personals zu verbessern, die Qualität ihrer Arbeit zu heben und die Versorgung der Verbrauchermassen dadurch zu vervollkommnen.

Auf Grund der Verfügung werden die Löhne des Laden- und Lagerhauspersonals vom 15. Mai ab um 10% erhöht. Wenn die festgelegten Normen des Umsatzes pro Kopf des beschäftigten Personals überstiegen werden, so steigt entsprechend auch die Summe des Lohnes. Die Entlöhnung der Lagerhalter und ihrer Stellvertreter, sowie der Abteilungsleiter in den Verkaufsstellen, werden festgesetzt auf Grund des Umsatzes der betreffenden Handelsunternehmungen und erhöhen sich durchschnittlich um 15%.

So erhalten die Lagerhalter, ihre Stellvertreter und Abteilungsleiter in den Nahrungsmittelverkaufsstellen, Brot- und Futtermittelmagazinen oder Abteilungen folgende Löhne im Verhältnis zum Monatsumsatz:

Umsatz (in Rubel)	Gehalt
bis 15,000	130
von 15,000— 30,000	140
» 30,000— 50,000	150
» 50,000—100,000	160
» 100,000—150,000	170
» 150,000—225,000	190
» 225,000—300,000	210
» 300,000—400,000	240
über 400,000	275

Der Prozentsatz vom Umsatz wird durch die Dividierung des festgesetzten monatlichen Lohnes auf die Summe des Umsatzes, der planmässig bestimmt wurde, berechnet. Der erhaltene Prozentsatz dient zur Errechnung des Lohnes des Lagerhalters und seines Stellvertreters. So wird z. B. der Lohn eines Lagerhalters bei einer Verkaufsstelle mit einem Umsatze von 120,000 Rubel im Monat 170 Rubel betragen, das sind 0,14% vom Umsatz. Der Stellvertreter erhält einen Lohn, der um 15% niedriger ist. Wird der vorgesehene Handelsumsatz überholt, so erhält der Lagerhalter einen Lohn, der durch die Multiplizierung von 0,14% auf den zusätzlich erreichten Umsatz bestimmt wird. Bei einem Umsatze von 130,000 Rubel z. B. wird der Lagerhalter statt 170 182 Rubel erhalten.

Die Löhne der Organisatoren und Leiter der Handelsunternehmungen hängen auch von der Qualität der Arbeit dieser Unternehmungen ab. Wenn in den Warenhäusern der Genossenschaften Vorbestellungen angenommen und die Waren ins Haus geliefert werden, so erhalten die Leiter 10% mehr Lohn.

Die Prämienverteilung für Rationalisierungsmassnahmen, sowie für die Vervollkommnung der Gesamtarbeit, Beschleunigung des Warenumschlages, Herabsetzung des natürlichen Warenschwundes, Herabsetzung der Handels- und der Organisationskosten usw. ist die Grundlage bei der neuen Festsetzung der Löhne.

In jedem Handelsunternehmen werden Spezialfonds für die Prämienverteilung gebildet, welche sich zusammensetzen aus den Ersparnissen bei den Rationalisierungsmassnahmen und unter den Angestellten verteilt werden. Der Centrosojus hat ausserdem 3 Millionen Rubel für diesen Spezialfonds gestiftet, um die Lebensbedingungen der Handelsangestellten zu heben. In der Verfügung des Centrosojus wird besonders Gewicht gelegt auf die Bedienung der Verbrauchermassen und auf die besondere Beachtung der Verbraucherforderungen.

Zugleich mit den Aenderungen auf dem Gebiete der Entlohnung sind auch Aenderungen in der Bestimmung der Rechte und Pflichten der Verwaltung der Handelsunternehmungen aufgenommen worden. Der Verwalter hat von jetzt ab das Recht, die Angestellten neu zu werben und zu entlassen, selbstverständlich bei voller Beachtung des Arbeitskodex, die Arbeitsnormen und die Prämien für sie festzusetzen usw.

Der Verwalter hat das Recht, die für seinen Betrieb vom Staate vorgesehenen Summen nach eigenem Ermessen zu verausgaben, einzelne Waren selbständig einzukaufen, Saisonwaren neu zu bewerten usw. Er stellt selber die Handels- und Finanzpläne des Unternehmens auf und trägt die Verantwortung für ihre Erfüllung. Zusammen mit dem Genossenschaftsaktiv führt der Verwalter die Arbeit zur Gewinnung neuer Mitglieder durch.

Entsprechend den ihm eingeräumten Rechten trägt der Verwalter bezw. sein Stellvertreter oder Abteilungsleiter auch die materielle Verantwortung für die ihm anvertrauten Werte, sowie für die administrative und wirtschaftliche Tätigkeit des Betriebes.

Das neue genossenschaftliche Wahrzeichen Basels.

Dieser Tage wurde die neue Kaufhalle «St. Clara» des Allgemeinen Consumvereins beider Basel eröffnet. Nachdem schon vor einigen Jahren im Grossbasel ein grosses Kaufhaus in Betrieb genommen worden war, hat nun anfangs Oktober dieses Jahres Kleinbasel eine genossenschaftliche Kaufhalle erhalten. Der imposante Bau ist durchwegs in einfachen und klaren Linien gehalten. Schon rein durch seine äussere Gestaltung weckt er in dem Beschauer den Eindruck von Solidität und gibt ihm das wohltuende Gefühl von Sicherheit und Zutrauen. Unter Weglassung aller überladenen und deshalb unnötigen und dem Ernst der Zeit gar nicht entsprechenden Verschnörkelungen und Verzierungen präsentiert sich der Bau trotz seiner Sachlichkeit in einer eindringenden und überzeugenden Grösse. So unzweideutig und offen, wie er von aussen ist, empfängt er auch diejenigen, die zum Einkauf die breit und übersichtlich angelegten Räumlichkeiten betreten. Wohin man blickt, überall fällt das Auge auf Einrichtungen, die in ihrer praktischen Zweckmässigkeit, ihrer modernen, den Bedürfnissen der heutigen Zeit entsprechenden Ausgestaltung den einkaufenden Genossenschaftern und dem weiteren Publikum den Aufenthalt in den mit warmem Holzwerk bekleideten, heimeligen Räumlichkeiten zum Genuss machen.

Die Kaufhalle besteht aus einer Reihe von unter sich verbundenen Filialen, einem grossen Konditorei-Café und den Ausstellungsräumen der genossenschaftlichen Möbelvermittlung. Die hier unter einem Dache vereinigten Filialen setzen sich aus einer Warenfiliale, einer Schlächterei, einer Manufaktur- und Schuhwarenabteilung zusammen. Eine wohl in der ganzen schweizerischen Genossenschaftsbewegung einzig dastehende Neuerung ist das Konditorei-Café, das von allen vier Filialen aus erreichbar ist. Zu welcher Beliebtheit die Backwaren des A. C. V. in den letzten Jahren gekommen sind, zeigen die steigenden Verkaufsmengen. Allein im letzten Jahre sind nahezu zwei Millionen Stück Konditoreiartikel und 85,000 kg Biskuits hergestellt worden. Das Café hält seinen Besuchern 250 Sitzplätze bereit. Dass hier auch sämtliche genossenschaftlichen Zeitungen aufliegen, wird der Genossenschafter mit grosser Genugtuung

bemerken. Ebenso freudig wird er begrüssen, dass die kalten und warmen Speisen und die Spezialitäten eines vorzüglichen kalten Buffets in Konsummarken zahlbar sind.

Besondere Erwähnung verdienen wohl noch die Ausstellungs- und Verkaufsräume der Genossenschaftlichen Möbelvermittlung. Auch sie hat zweifellos im Kleinbasel durch die Lieferung von preiswerten, geschmackvollen und vor allem qualitativ hochwertigen Möbeln eine sehr wichtige und schon lange notwendig gewordene Mission zu erfüllen.

Im obern Teil des grossen Baues befinden sich neuzeitlich eingerichtete Wohnungen.

Die Kaufhalle «St. Clara» ist eine Sehenswürdigkeit, deren Besuch den Genossenschaftern der ganzen Schweiz nur empfohlen werden kann. Sie ist ein neuer und wichtiger Marktstein auf dem Wege zur genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft auf dem Platze Basel. Möge sie ihren Zweck im Dienste aller Konsumenten erfüllen und mithelfen, denjenigen, die noch nicht Genossenschafter sind, den hohen Wert und die überragende Bedeutung der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft überzeugend zu beweisen.

Volkswirtschaft

Krise der Goldwährung?

Die englische Währungskrise ist allen Gegnern der Goldwährung ein gefundenes Fressen. «Krise der Goldwährung», «die Goldwährung wankt», so und ähnlich lauten die Ueberschriften in ihren Zeitungen, die den Lesern das Gruseln vor der gefährlichen Goldwährung beibringen sollen. Die Wahrheit wird damit auf den Kopf gestellt. Denn die englische Währungskrise ist, wie die sämtlichen bisherigen Währungskrisen der Welt, nicht eine Krise der Goldwährung, **sondern des Papiergeldes.** Die Goldwährung kann überhaupt keine Krise, das heisst keine Wertverminderung erfahren. Durch alle Inflationen und Papiergeldkrisen hindurch hat das Gold seine Stellung als oberster Wertmesser und sicherstes Zahlungsmittel im Welthandel behauptet. Es gab eine Zeit, wo deutsche Tausendmarkscheine nicht mehr des Aufhebens aus dem Strassenstaub wert waren. Wer damals aber tausend Mark in deutschen Goldmünzen zu einer schweizerischen Bank brachte, bekam nicht nur wie im Frieden etwa 1235 Franken dafür, sondern noch etwa hundert Franken mehr, weil damals unser eigenes Papiergeld etwas entwertet war. Wer heute den Schweizerbanken englisches Papiergeld bringt, bekommt etwa 10 bis 15 Prozent weniger als vor einem Monat, wer aber englische Goldmünzen bringt, bekommt dafür noch ebenso viel Schweizergeld wie früher, und wenn unser Papiergeld vielleicht gerade einen schlechten Tag an den ausländischen Börsen haben sollte, bekommt er noch ein wenig mehr. Denn nur das Papiergeld kann im Werte fallen, während das Gold im Werte unverändert bleibt.

Die heutigen Währungskrisen rühren nicht daher, dass man zu viel Gold, sondern dass man zu viel Papiergeld hat. Vor dem Kriege war bekanntlich auch Gold im Umlauf, denn die Notenbanken gaben jedermann auf Verlangen gegen ihre Noten Gold heraus. Der kleine Mann bekam die Goldmünzen von der Notenbank ebenso anstandslos ausbezahlt wie der Millionär. Es konnte daher jedermann das Vertrauen haben, dass auch die Noten vollwertig seien, und er hatte es auch. Man hatte damals ein so grosses Vertrauen zu den Notenbanken, dass man im Kriege und selbst nach dem Kriege lange Zeit nicht glauben konnte, dass die deutsche Reichsbank oder die Bank von Frankreich ihre Noten nicht wieder vollwertig einlösen würden. Es schien eine Selbstverständlichkeit, dass die Notenbanken nach Kriegsende zu der alten Praxis der Einlösung der Noten in Gold zurückkehren würden. Denn eine Notenbank, die ihre Noten nicht einlöst, steht nicht zu ihrer Unterschrift, und nicht zu seiner Unterschrift zu stehen, schien dem Finanzmann alter Schule eine Unmöglichkeit, solange man noch einen roten Rappen in der Kasse hatte.

Aber seit dem Kriege haben sich die Notenbanken an eine ganz andere Denkweise gewöhnt. Der Krieg, die Explosion des Nationalismus, riss die Notenbanken von den Traditionen geschäftlicher Solidität und unbedingten Worthaltens los und machte sie zu Werkzeugen der Politik. Nicht die Wertbeständigkeit der Währung zu erhalten, sondern dem Staate das Geld zum Kriegführen oder zu erhöhten Rüstungen zu liefern, wurde ihre vornehmste Aufgabe. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, musste man möglichst viel Noten ausgeben, um möglichst viel Noten ausgeben zu können, musste man einen möglichst grossen Goldschatz haben. So sammelten alle Notenbanken immer grössere Goldbestände an und hielten an dieser Politik auch nach dem Kriege fest. Ihren Goldschatz festzuhalten, schien ihnen die vornehmste Pflicht, und darum stellten sie auch die Goldeinlösung der Noten nicht wieder her. Sie halten ihr Papiergeld durch allerhand künstliche Mittel, durch Abgabe ausländischer Devisen zum Goldwerte, durch Goldverkäufe im Ausland und andere Auskunftsmittel stabil, aber von der Abgabe des Goldes ans grosse Publikum wollen sie nichts mehr wissen. Sie betrachten es nicht mehr als eine Pflicht wie vor dem Kriege, sondern nur als eine Gefälligkeit, wenn sie hier und da an einen Noteninhaber Gold abgeben. Die Währungsgesetze lassen sie so abfassen, dass jedenfalls der kleine Mann kein Recht hat, Gold von der Notenbank zu verlangen, dass sie es ihm nach Belieben geben oder verweigern können.

Mit dieser Politik ist es den Notenbanken gelungen, riesige Goldbestände anzusammeln, die sich gegenüber den Goldbeständen der Vorkriegszeit in den meisten Fällen mehr als verdoppelt haben. Aber das moralische Kapital des unbedingten Vertrauens, das sie vor dem Kriege hatten, gewinnen sie damit nicht zurück, sie verlieren es vielmehr. Sie verlieren es um so sicherer, je häufiger sie von der Verweigerung der Goldeinlösung Gebrauch machen. Die deutsche Reichsbank hat sich neulich bei einem Bestand von zwei Milliarden Schweizerfranken an Gold und Devisen in ihren Kassen für zahlungsunfähig erklärt, und heute folgt die Bank von England ihrem Beispiel bei einem Goldschatz von über drei Milliarden Franken. Wer soll da noch die Noten dieser Banken mit unbedingtem Vertrauen nehmen? Solange man nur Noten nimmt, um sie morgen wieder auszugeben, hat das Risiko nicht viel zu bedeuten, wenn man sie aber auf lange Frist hingibt, beispielsweise in eine Lebensversicherung einzahlt, steht es etwas anders.

In der Schweiz ist die Erschütterung des Vertrauens bisher ausgeblieben, weil das Ausland vielfach ein grösseres Vertrauen zu unserem Gelde als zu seinem eigenen hat und daher beständig ausländisches Kapital in die Schweiz wandert, das hier die Zinssätze künstlich herabdrückt. Ob aber bei der

jetzigen Notenbankpolitik eine Erschütterung des Vertrauens auf die Dauer ausbleiben wird, kann niemand mit Sicherheit verbürgen. Jedenfalls werden die zunehmenden Währungskrisen, das steigende Misstrauen in der Welt nicht durch das Goldgeld, sondern durch den Mangel an Goldgeld hervorgerufen und verschlimmert, und solange dieser Mangel dauert, wird er auch einen Mangel an Vertrauen zur Folge haben müssen.

Erziehungsfragen

Genossenschaftliches Seminar.

Berichtigung.

In Nr. 40, S. 473, des Verbandsblattes ist, unter der Ueberschrift «Genossenschaftliches Seminar», über meinen dortigen Vortrag («soziologische Grundlagen des Genossenschaftswesens») ein Bericht erschienen, der trotz seiner Kürze leider mehrfache Berichtigungen grundsätzlicher Art nötig macht, da er den an die Zuhörer verteilten schriftlichen Thesen widerspricht. Ich erklärte die moderne Genossenschaft aus einem Gegensatz zur alten Genossenschaft einerseits und zum individualistischen Kapitalismus anderseits (Th. 2); nicht «die moderne Wirtschaft wurde hieraus erklärt! — denn diese ist ja nach wie vor kapitalistisch. Sodann führte ich aus, dass die moderne Konsumgenossenschaft ihren Schwerpunkt in den Lohnempfängerschichten habe (Th. 6) — nicht «die moderne Genossenschaft»! — denn diese wurde gerade in ständemässig verschiedene «Erscheinungsformen» eingeteilt, und den Gehaltsempfängergenossenschaften wurden nachdrücklich z. B. die bei uns stark vertretenen Genossenschaften der selbständigen Landwirte gegenübergestellt (Th. 5). Dabei war überall von abhängigen — nicht von «unabhängigen» Lohnempfängern die Rede (Th. 6 und 7). Und das Problem der Eigenproduktion wurde nicht durch Spekulationen über das «Wesen der Mitglieder» zu klären gesucht, sondern ich stellte hierfür zwei Gedanken zur Diskussion: Die Konsumgenossenschaft könne sich nur gesund entwickeln:

1. «wenn sie den Ausbau der Eigenbetriebe dem Tempo anpasst, in dem die Einsicht in Wesen und Eigengesetzlichkeit der Konsumgenossenschaft sich bei den angestellten Mitgliedern befestigt» — und 2. «wenn sie den Lohninteressen dieser Mitglieder bis zur äussersten Grenze des für die Weiterentwicklung der Genossenschaft Tragbaren entgegenkommt» (Th. 7). Dieser zweite Punkt, ohne den der erste wertlos ist, wurde von der Berichterstattung weggelassen. Dr. A. Gysin.

Aus der Praxis

Wer «Co-op»-Produkte kauft, ist gut und preiswert bedient.

Die folgenden Ausführungen weisen in richtiger Erkenntnis dessen, was heute unserem Lande not tut, in treffender Weise darauf hin, dass wir als Genossenschafter die Pflicht haben, unsere eigenen Produkte zu kaufen. Wer Co-op-Produkte kauft, unterstützt damit nicht nur die Eigenherstellung der in unseren Läden verkauften Waren, sondern hilft zu gleicher Zeit, unsern Arbeitern Verdienst zu verschaffen und damit der Arbeitslosigkeit, unter deren Folgen alle — ob sie nun Arbeit haben oder nicht — zu leiden haben, teilweise abzuhelfen. Wie fast noch nie muss man sich gerade heute vor zu sogenannten «Schleuderpreisen» angebotenen Waren in Acht nehmen; und gerade wir als Genossenschafter haben unseres besonderes Augenmerk darauf zu richten, dass wir nicht auf jedes billige Angebot, das oft nur zum Schaden der genossenschaftlichen Bestrebungen gemacht wird, eingehen. Ehrlichkeit und Billigkeit gehen nicht immer Hand in Hand. Aus diesem Grunde darf jeder, der die bewährten Co-op-Produkte kauft, die sichere Gewissheit haben, dass er gute und preiswerte Waren mit nach Hause trägt.

Wie bei so vielen anderen Artikeln so sind auch bei den Schuhen die Preise wesentlich niedriger geworden. Die Ursachen dafür sind verschiedene. Neben einer in ihren Dimensionen nicht vorauszusehenden Baisse auf Häuten und Fellen und somit auch auf Leder ist es vor allem die «Rationalisierung». Die zunehmende Konkurrenz hat die Schuhfabriken gezwungen, ihre bisherigen Produktionsmethoden zu ändern! Die Betriebe wurden umgestellt. Die Herstellung möglichst gleichartiger Artikel wurde angestrebt. Neue vervollkommnete Maschinen und Einrichtungen gelangten zur Aufstellung, und die Arbeitsleistung wurde durch Einführung des laufenden Bandes und anderer mechanischer Verbesserungen teilweise gewaltig gesteigert. Die sich rapid zuspitzende Wirtschaftskrise brachte auch für die Schuhindustrie weiter verschärfte Konkurrenzverhältnisse. In erbittertem Kampfe um Absatz und Beschäftigung wurden die Schuhpreise auf das Niveau des überhaupt Möglichen herabgedrückt. Mit der sinkenden Kaufkraft wurde auch der Ruf nach besonders billigen Schuhen immer häufiger und lauter. Die ungenügend beschäftigte Schuhindustrie sucht deshalb diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Dass aber bei ohnedies schon unbefriedigenden Betriebsergebnissen diesem Verlangen nur durch Verwendung von entsprechend billigen Rohmaterialien und durch weniger solide und weniger sorgfältige Arbeit entsprochen werden kann, liegt sozusagen auf der Hand. Es sei zugegeben, dass diese sehr billigen Schuhe häufig äusserlich gut präsentieren und vom Laien vielfach von einem besseren Artikel nicht unterschieden werden können. Aber nur allzu oft kommt der Käufer schon nach kurzem Tragen zur Ansicht, dass der billigste Schuh nicht der vorteilhafteste ist. Diese Erfahrung wird dann noch erhärtet, wenn solche Schuhe ihren ersten, meist frühen Gang zum Schuster machen, wo dann der niedrige Preis seine Erklärung findet. An diese Tatsache lässt sich die Erwartung knüpfen, dass sich die gegenwärtige einseitige Besorgung des billigen Schuhes überleben und wieder einer gesunden Nachfrage, die auf Preis und Qualität sieht, Platz machen wird.

Die schweizerische Schuhindustrie ist bekannt als Herstellerin von Qualitätsschuhwerk. Aber auch in unserem Lande ist die Forderung nach billigen und billigsten Schuhen wach geworden, unterstützt durch den dauernd zunehmenden Import der unter wesentlich günstigeren Voraussetzungen produzierenden ausländischen Konkurrenzindustrie. Wollen die schweizerischen Schuhfabriken nicht den wertvollsten Teil ihres bisherigen Absatzgebietes verlieren, so müssen auch sie sich durch Umstellungen

den veränderten Verhältnissen anpassen und teilweise unter Aufgabe bisheriger Qualitätsbegriffe ebenfalls zur Herstellung von billigstem Schuhwerk übergehen.

Schuhe waren schon immer ein Vertrauensartikel und sind es unter den heutigen, so oft sinkende kaufmännische Moral aufweisenden Verhältnissen in vermehrtem Masse. Und da sollte es dem Konsumenten eine Beruhigung sein, in der Genossenschaft, im Konsumverein, eine seriöse Bezugsquelle für Schuhwaren zu wissen. Die Zweckgenossenschaft «Schuh-Coop» in Basel, ausschliessliche Lieferantin von Konsumgenossenschaften, garantiert nach wie vor, trotz Anpassung ihrer Preise an die Verhältnisse, für unveränderte Qualität. Die in ihrem Betrieb hergestellten Schuhe tragen auf der Sohle den Stempel «Coop» und sind nur in den Konsumvereinsläden erhältlich.

Nicht nur, dass der Träger von Coop-Schuhen gut und doch billig bedient ist, er unterstützt überdies, was jedem Arbeitnehmer nicht gleichgü tig sein sollte, ein Unternehmen mit geordneten Arbeitsverhältnissen und einheimisches Schaffen und wehrt somit seinerseits auf die wirksamste Weise der Krise im eigenen Lande.

Einiges über Höflichkeit und Bedienung.

Im «Konsumverein» vom 15. August (No. 33) war hierüber in anregender und interessanter Weise geschrieben. Mich hat Gesagtes aufgemuntert, aus mehrjähriger Erfahrung als Frauenkommissionsmitglied das Thema nochmals aufzugreifen und verschiedenes noch eingehender zu berühren.

Gehen wir als Werberinnen und Propagandistinnen in die Familien, so begegnen wir, nebst andern vielen Ausreden und ablehnenden Bemerkungen, nicht selten dem Einwand, dass die Konsumverkäuferinnen zu wenig elastisch und eben nicht gerade immer ausreichend freundlich seien. Wir wissen schon, dass Einzelne unter Höflichkeit und Freundlichkeit gar viel für sich verlangen, aber wir müssen trachten, uns keine Vorwürfe zuschulden kommen zu lassen, was den Begriff allgemein üblicher Höflichkeit und Bereitwilligkeit betrifft.

Hier noch einen Einzelpunkt herausgegriffen, die Kinder. — Hier wird behauptet, dass das Elseli und dort der Hansli gar nicht gern in den Konsumladen mögen, wegen der Fräulein, und dass die Bäckersfrau nebenan eben viel netter sei.

Ausser den Bonbons, die vom Privathändler in berechnender Weise extra für die Kinderkundschaft bereitgehalten wird, spielt in der Tat das Unvermögen, speziell mit Kindern nett umzugehen, eine grosse Rolle. Ich behaupte, in Erinnerung an meine eigene Kinderzeit, dass es nicht einmal der Lutschbonbon allein ist, der derart die Kinderwelt anzieht, nein, das Kind ist bald verschüchtert, doch ist es dankbar für gute Worte und freundliches, liebereiches Entgegenkommen; Kinder sind sehr feinfühlig und haben einen sichern Instinkt für die aufrichtige Sympathie der Erwachsenen.

Da wir viele und oft recht junge Ladentöchter haben, die in ihrer eigenen Jugendlichkeit noch in einer speziellen Interessenwelt leben und denen praktische Erfahrungen und Einsichten vielfach abgehen, so mag hierin der Grund am Mangel individuellen Einfühlens zu suchen sein. Aber wir müssen sie unermüdlich aufklären. Der Satz, der mir schon entgegengehalten wurde, «eure Ladentöchter sind so lax, sie wissen, dass sie den Lohn gleichwohl bekommen und wünschen morgens schon den Feierabend herbei», scheint uns hart und übertrieben, und wir wollen dessen Anwendbarkeit auf eine kleine Minderheit von Angestellten reduzieren. Jedoch bei einer Aussprache anlässlich des letztjährigen Kurses für Genossenschaftswesen, an dem eines unserer Frauenkommissionsmitglieder teilnahm, wurde die Gleichgültigkeit von Verkaufspersonal kritisiert und gerügt. Dass wir Personal haben, das die Kundschaft anzuziehen und festzuhalten weiss, ist für die Genossenschaften ein wichtiger Punkt, und die Einsenderin in No. 33 des «Konsumvereins» sagt ganz richtig, dass die Genossenschaften in der Hauptsache auf Charakter und Wesensart schauen möchten, Eigenschaften, die nicht anerzogen werden können. Mir hat schon öfter geschienen, dass hier bezügliche Wahlen allzusehr vom Standpunkt trockener Theorie vorgenommen werden. Man kann in Bezug auf Fixigkeit, Rechnen, Warenkunde gewiss sagen, dass Uebung den Meister macht, aber das geschätzte Talent der Verkäuferin heisst Takt und unermüdliche Bereitwilligkeit.

Die Verkäuferin bildet doch der direkte Kontakt mit dem kaufenden Publikum, und ihr Versagen hierin macht die vielen Bemühungen unserer Genossenschafter und Genossenschafterinnen illusorisch.

Höflichkeit ist nicht Kriecherei, Elastizität ist nicht knöchernes Festhaken am Buchstaben, Zuvorkommenheit heisst bereitwilligstes Eingehen und nicht Gleichgültigkeit. Derart strömt der Verkäuferin Publikum zu, und so wird der Umsatz unserer Konsumläden vermehrt, auf den wir erpicht und angewiesen sind. Wir wünschen aber nicht Stillstand, sondern Aufschwung und die Vereinigung jeglicher Kaufkraft. Auch die wirtschaftliche Lage und die grosse Konkurrenz beansprucht alle unsere aufmerksame Tätigkeit.

Es ist wohl leider wahr, dass es gerade unter den kaufenden Frauen sonderbare Heilige gibt; wir machen da öfters Beobachtungen, die abstossen. Aber fragt etwa der Privathändler darnach? Er sucht umso eifriger diese ewig Unzufriedenen an sich zu fesseln und geht über die Absonderlichkeiten des Einzelnen hinweg. Das Ladenpersonal muss sozusagen über zwei Menschen verfügen, den geschäftlichen, der mit unerschütterlicher Gleichmütigkeit sein Lächeln beibehält und den privaten, den es nach Ladenschluss wieder anziehen darf. Reklamationen (oft auch recht ungerechte Anwürfe) sollten deswegen nicht so tief gehen, sondern gleichsam im Geschäftsressort verwahrt werden, — abends setzt man ja wieder sein Privatgesicht auf.

Man kommt viel besser darüber weg, wenn man nicht alles so persönlich nimmt, und ausserdem soll bedacht werden, dass jeder Beruf, jeder Stand seine Lasten hat und dass Klippen umschifft werden müssen. Kommen die Hausfrauen mit ernsten, traurigen oder verdrossenen Gesichtern mit ihrem Einkaufskorb, dann kann vielleicht das ruhige, freundliche Willkomm im Konsumladen sie in andere Bahnen lenken, das bereitwillige Entgegenkommen und die Liebenswürdigkeit der Ladentochter wird sie erheitern.

Die intelligente, tüchtige Verkäuferin wirbt aber nicht nur mit Höflichkeit, sondern auch mit ihrem raschen Verständnis, das sie für jeden Einzelnen ihrer Kunden hat. Sie kennt sozusagen die Bedürfnisse eines jeden, sie weiss was Frau Mayer gern hat und was Frau Müller bevorzugt. Sie hat erfasst, dass die sehr sparsame Frau Kern immer gern Ge-

legenheiten beim Schopf fasst und ihr bedrängtes Portemonnaie schonen möchte, denn sie hat so viele zu versorgen.

Während des Service, so ganz beiläufig, sagt sie ihr, dass gerade etwas Hübsches oder Passendes oder Vorteilhaftes da sei, aber auch den Herrn, der immer gleich im Vorbeigehen rasch etwas zum Rauchen möchte, wird sie mit einem Lächeln abfertigen, und dem Touristen, der recht oft den Genossenschaftsladen aufsucht, wird sie übersichtlich und schnell eine Auswahl zusammenstellen, ihm sogar raten, was zum Mitnehmen vorteilhaft ist. Oefters habe ich Verkäuferinnen still beobachtet und mir gesagt, dass auf diese Art verständnisvollen, raschen Eingehens viel, sehr viel gewonnen ist. Abgesehen vom guten Renommee, bedeutet dies vermehrten Umsatz. Nicht nur verkaufen, was verlangt wird, sondern ohne Aufdringlichkeit alles verkaufen können, das ist die geschätzte Kunst der Verkäuferin. Diesen Sommer erzählte mir eine Ladentochter, dass ein fremdes Touristenpaar in unsern Schuh- und Manufakturladen gekommen sei und Auswahl an Schuhen verlangt habe. Sie hätte sich gleich vorgenommen, «diese Leute lasse ich nicht ohne gekauft zu haben fort», und wirklich, ausser einem Paar prima Coop-Trotteurschuhen habe sie noch diverse Utensilien verkauft, indem sie sie unverbindlich darauf aufmerksam gemacht habe.

Der höfliche Dank, die freundliche Bitte, wieder zu kommen, wird immer notiert und hinterlässt im Besucher das Gefühl, dass er geschätzt und willkommen ist. Umgekehrt das stillschweigende Abziehenlassen, wenn der Kunde geht. Er wird das nächste Mal den Privathändler aufsuchen, der ihm gerne und schnell die Türe öffnet, ihn hinausbegleitet und die Hände reibt, was wir alles, als vernünftige Genossenschafter, vom Ladenpersonal nicht verlangen, obwohl es in besondern Fällen ja auch darf gemacht werden.

Höflichkeit und Freundlichkeit müssen ja der Verkäuferin schon selbst leichter fallen als ein verdrossenes Gemüt, das sich ohne weiteres im Dienst am Kunden, im Verkehr mit der Umwelt unangenehm auswirkt. Der Erfolg wird nicht ausbleiben! S. B.

Bewegung des Auslandes

Die Genossenschaftsbanken in den U. S. A. halten der Krise stand.

In den Vereinigten Staaten gibt es 1650 Genossenschaftsbanken. Während der zwölf vergangenen Jahre haben 6000 kapitalistische Banken ihre Tätigkeit einstellen müssen. Allein seit dem Zusammenbruch von 1929 waren es 2000. Viele Millionen Verluste mussten die Sparer und sonstigen Einleger auf sich nehmen.

Während dieser ganzen Zeit ist jedoch nicht eine der 1650 vom Extension-Bureau des Nationalen Kreditverbandes ins Leben gerufenen Banken durch das Departement irgendeiner Staatsbank geschlossen worden.

Die Verluste, die die Genossenschaftsbanken erlitten haben, gehen auf die Einlagen in kapitalistischen Banken, auf die Investitionen von überschüssigen Geldern in Aktien und Obligationen zurück. Die Genossenschaftsbanken sind ja gegründet worden, um nur ihre Mitglieder zu beleihen. Die dabei erlittenen Verluste sind jedoch so gering, dass sie ausser acht gelassen werden können. Die wirklichen Verluste entstanden nur durch ihre Verbindungen mit kapitalistischen Banken. Je mehr die Zeit fortschreitet, werden die genossenschaftlichen Kreditverbände ihre eigenen grossen Bankhäuser gründen. Die Fortschritte des genossenschaftlichen Bankwesens sind unverkennbar. In Europa ist es als das einzig sichere Banksystem anerkannt.

Cooperation.

Ungarn.

Die Gründung eines Genossenschaftsmuseums. Die ungarische Genossenschaftsbewegung feiert dieses Jahr die Jahrhundertwende der Geburt des bahnbrechenden Apostels der Bewegung, des Grafen Alexander Karolyi. Zu dieser Gelegenheit ist in führenden Genossenschaftskreisen ein interessanter Plan aufgetaucht. Es handelt sich darum, im Rahmen des Landwirtschaftlichen Museums ein separates Genossenschaftsmuseum zu errichten, welches dazu berufen wäre, sämtliche Reliquien, Erinnerungen usw., die auf die auf nahezu ein halbes Jahrhundert zurückblickende ungarische Genossenschaftsbewegung Bezug haben, zu sammeln und dadurch in anschaulicher Weise die grosszügige Entwicklung der ungarischen Genossenschaftsbewegung zu zeigen. Der Plan der Gründung eines Genossenschaftsmuseums fand im ganzen ungarischen Genossenschaftsleben eine äusserst günstige Aufnahme. Es ist somit zu hoffen, dass der interessante Gedanke in kurzer Zeit auch verwirklicht wird, um so mehr, da denselben auch das Ackerbauministerium unterstützt, dem die Leitung des Landwirtschaftlichen Museums obliegt.

Internationaler Genossenschaftsbund

Vom 27. September 1931 bis 4. Oktober 1931 fanden in Paris Sitzungen des Zentralvorstandes des Internationalen Genossenschaftsbundes und der verschiedenen Hilfsorganisationen statt. Der Präsident des I. G. B., Herr Tanner aus Finnland, führte den Vorsitz.

Von den Beschlüssen seien folgende erwähnt:

1. Die Protokolle der Sitzungen des Zentralvorstandes und des leitenden Ausschusses von Wien, Hamburg und Brüssel wurden genehmigt.
2. Der Bericht des Generalsekretärs, Hrn. H. J. May, wurde unter bester Verdankung gutgeheissen. Aus den Mitteilungen geht hervor, dass nun auch der V. O. L. G. in Winterthur sich dem I. G. B. als Mitglied angeschlossen hat.
3. Die Jahresbeiträge pro 1931 sind zu bezahlen, und zwar in englischer Währung zum Kurse vom 1. Januar 1931.
4. Ein Internationales Wirtschaftsprogramm wurde behandelt. Dasselbe wird den dem I. G. B. angeschlossenen Genossenschaftsverbänden zugestellt werden, um am nächsten Kongress 1933 behandelt zu werden.
5. Mit dem Internationalen Genossenschaftskongress 1933 in London soll eine Ausstellung verbunden werden.
6. Um mit der Herausgabe der «Internationalen Genossenschaftlichen Rundschau» keine Defizite zu erleiden, werden die Verbände eingeladen, Abonnemente in grösserer Zahl zu übernehmen.

7. Der I. G. B. soll in Europa, aber auch in aussereuropäischen Ländern, eine grössere Propaganda für die Idee des Genossenschaftswesens entfalten.
8. Eine Friedensresolution folgenden Inhalts wurde angenommen:

   «Im Anschluss an seine in Glasgow (1913), Basel (1921), Gent (1924), Stockholm (1927) und Wien (1930) gefassten Beschlüsse und in der Erkenntnis, dass es für die genossenschaftliche Bewegung äusserst wichtig ist, einen auf der Solidarität der Völker gegründeten Frieden zu sichern, beauftragt das Zentralkomitee des I. G. B. sämtliche nationalen Organisationen, die Friedensbewegung zu fördern.»
9. Auch wurde eine Resolution zur heutigen Wirtschaftskrisis festgestellt, die später publiziert wird.

Anschliessend an die Sitzungen des Zentralvorstandes fanden Konferenzen der Internationalen Grosseinkaufsgesellschaft, der genossenschaftlichen Banken und des Versicherungsausschusses statt.

Die französischen Genossenschafter erwiesen den ausländischen Gästen in grossem Masse Gastfreundschaft. Alle Vertreter waren sehr befriedigt über die verschiedenen Anordnungen; der Dank an die Genossenschafter Frankreichs wurde in mehreren Reden zum Ausdruck gebracht.

Aus unserer Bewegung

Rheineck. Die auf Sonntag, den 27. September einberufene Generalversammlung des Konsumvereins Rheineck und Umgebung erfreute sich im «Hecht» eines schönen Aufmarsches seitens der Mitglieder. Die Versammlung nahm unter dem Präsidium von Herrn J. A. Künzler einen raschen und erfreulichen Verlauf.

Den Verhandlungen ist zu entnehmen, dass die Wahlen im Sinne der Bestätigung der «Bisherigen» ausgefallen und für eine Vakanz des verzogenen Herrn Th. Wetli eine Neuwahl getroffen werden musste. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir, dass der Umsatz trotz den horrenden Abschlägen nur minim zurückgegangen und sich deutlich auf die Depots Rheineck (Ausfall des Warenbezuges des ennetrheinischen Gaissau infolge Zollschranken) und Walzenhausen (infolge Verdienstlosigkeit der Handstickerei) beschränkte, während die andern Depots Thal und St. Margrethen erfreuliche Mehrumsätze verzeichnen können. Interessant und wohltuend nimmt sich die Mitteilung aus, dass der fahrende Wagen der «Migros» kein Neuland auf Kosten des Konsumvereins erwirken konnte und dass sich vielmehr die Mitglieder enger um das Banner des eigenen Ladens sammeln.

Die Bilanz zeigt ein gesundes Bild und können den Genossenschaftern wiederum die gewohnten 8% = 6% garantierter Rabatt plus 2% in Fr. 23,000.— ausgeschüttet werden.

Das schuldenfreie Lager ist vorsichtig eingestellt; die Gebäulichkeiten sind trotz bedeutenden baulichen Veränderungen innert den letzten Jahren von einem Assekuranzwert von Franken 266,000.— auf Fr. 230,000.— abgeschrieben worden, während die nicht unbedeutenden Mobilien und Maschinen der Bäckerei, des Bureaus und der vier Depots auf Fr. 1.— abgebucht sind.

Erfreulich wirkt sich die Sicherstellung der von den Mitgliedern anvertrauten Gelder aus. Bei 252,000 Fr. Einlagen (Depositen) sah es die Verwaltung als vornehmste Pflicht an, diese Gelder ihrer Spareinleger in erstklassigen Hypothekartiteln und sonstigen Reserven 100prozentig sicher zu stellen und liquid zu halten. Ein ehrendes Zeugnis einer Genossenschaft in einer so bewegten Zeit. Die Verwaltung legt Wert darauf, weniger den Wettlauf nach hohen Rückvergütungen mitzumachen, als auch aus steuertechnischen Gründen die innere Solidität, die doch letzten Endes wiederum den Genossenschaftern zugute kommt, zu fördern und zu mehren. Wie schon in diesem Blatte erwähnt wurde, kann der Verwalter, Herr E. Wetter, in diesem Jahre auf eine 25jährige Tätigkeit im Konsumverein Rheineck zurückblicken, davon 20 Jahre als Verwalter. Ebenso konnte das ausscheidende Mitglied der Verwaltung, Herr Th. Wetli, auf eine 20jährige Tätigkeit zurückblicken. Beiden Herren wurden an der Versammlung ehrende Worte der Anerkennung und des Dankes ausgesprochen.

Der der Hauptversammlung folgende Vortrag des Herrn Dr. Pritzker, Chemiker, des V. S. K., über «Winke für den rationellen Wareneinkauf» fand in seiner überaus unterhaltenden und humorvollen Plauderei über die sonst trockene Materie ein sehr dankbares Publikum. Sehr schade war es nur, dass die Zeit so schnell verrann und uns der Referent nicht noch mehr über die bewussten Warentäuschungen und Fälschungen berichten konnte. Auf alle Fälle war es ein Genuss, Herrn Pritzker zuzuhören, und wir möchten den Wunsch aussprechen, den «Verbandschemiker» bei Gelegenheit wieder einmal bei uns im schönen Rheintal hören zu können. *M.*

Sprechsaal

Revisionsfragen. (Wn.-Korresp.) Zu der in Nr. 38 erschienenen Erwiderung muss ich nochmals Stellung nehmen. Meine Lösung lautet nach wie vor: «Treuhandabteilung statt Rechnungsrevisoren der einzelnen Konsumvereine». Das ist doch ganz selbstverständlich, wenn die Kontrollarbeiten ausschliesslich der Treuhandabteilung übertragen werden, damit die Anstellung von weiteren Revisoren notwendig wird. Zur finanziellen Tragweite. Jeder Verein wird mit seiner Revisionskommission finanziell belastet, und je nach Grösse, verschiedene hundert Franken ausmachen; dazu kommt noch die Ueberprüfung der Bilanz durch die Treuhandabteilung, die je nach dem Umfang des Vereins auch einige Tage in Anspruch nimmt. Ein Berufsrevisor wird doch bedeutend speditiver arbeiten, als wie dies in den Revisionskommissionen der einzelnen Vereine zutrifft, also wird der Revisor die ihm übertragenen Arbeiten verhältnismässig in kürzerer Zeit erledigen, als wie die Revisionskommissionen dafür aufwenden müssen.

Ein Verein in der Ostschweiz, nämlich derjenige in Ragaz, hat die Prüfung der Buchhaltung der Treuhandabteilung übertragen. Finanziell kommt diese Genossenschaft bedeutend günstiger weg, als wenn nebenbei noch eine Revisionskommission amten würde. Also zeigt dieses einzige Beispiel, dass die Vereine mit der Uebertragung der Kontrollstelle an die Treuhandabteilung in der finanziellen Belastung nicht ungünstiger wegkommen würden. Man wird natürlich einwenden, bei kleinen Vereinen könne das schon gemacht werden. Was bei kleinen Vereinen möglich ist, sollte auch bei grossen Vereinen durchführbar sein.

Wenn erwähnt wird, dass private Treuhandgesellschaften pro Tag Fr. 60.— plus Spesen verrechnen, so ist darauf zu erwidern, dass für uns nicht diese als Prüfungsstellen in Betracht kommen, sondern nur die Treuhandabteilung des V. S. K. Für mich ist ganz klar, dass vom Momente an, wo die Buchhaltung und Geschäftsführung der Vereine nur noch von der Treuhandabteilung besorgt würden, mit dem jetzigen Ansatz, der den Vereinen belastet wird, nicht mehr auszukommen wäre Doch glaube ich, dass sie so gehalten werden könnten, dass dann die Vereine in ihren Auslagen, ohne Revisionskommission, günstiger fahren würden. Es ist vielleicht möglich, dass ich in dieser Beziehung allzu optimistisch bin. Immer noch stehe ich auf dem Standpunkt, dass die Buchhaltungen von Fachleuten geprüft werden sollten, und dafür kann einzig und allein nur die Treuhandabteilung in Frage kommen. Also an Stelle der Revisionskommissionen die Treuhandabteilung!

Verbandsnachrichten

Aus den Verhandlungen der Sitzung der Verwaltungskommission vom 6. Oktober 1931.

1. Der Vorentwurf der Verwaltungskommission vom 28. September 1931 für eine Revision der Statuten des V. S. K. ist den Verbandsvereinen am 30. September und 1. Oktober 1931 zugesandt worden.

Sollte ein Verbandsverein den Entwurf nicht erhalten haben, so beliebe er der Verwaltungskommission unverzüglich zu berichten, damit eine Nachsendung erfolgen kann.

2. Der Société de consommation Dombresson ist zu ihrem am 5. Oktober 1931 stattfindenden Jubiläum des 50jährigen Bestehens ein Glückwunschschreiben zugesandt worden.

3. Eine Statutenrevision des Lebensmittelvereins Romanshorn wird genehmigt.

4. Die Konsumgenossenschaft Koppigen berichtet, dass sie am 5. Oktober 1931 in Willadingen ein neues Verkaufslokal eröffnet habe.

5. Es wurde im «Bulletin» No. 220 vom 23. September 1931 hingewiesen auf die diesjährige «Schweizerwoche» vom 17.—31. Oktober 1931.

Der Schweizerwoche-Verband hat auch dieses Jahr wieder Plakate herausgegeben zur Abgabe an diejenigen Verkaufsgeschäfte, die an der diesjährigen «Schweizerwoche» mitzuwirken gedenken. Das Plakat kann zum Preise von Fr. 2.— pro Exemplar bei der Firma Schüler A.-G., Biel, bestellt werden. Wir ersuchen die Vereine, bezügliche Aufträge direkt der erwähnten Firma zu erteilen.

6. Dem Genossenschaftlichen Seminar (Stiftung von Bernhard Jaeggi) sind folgende Ueberweisungen gemacht worden:

Konsumverein Aarau	Fr. 100.—
Allg. Konsumverein Affoltern a. A.	» 100.—
Konsumverein Kölliken	» 100.—

Diese Zuwendungen werden bestens verdankt.

7. Am 5./6. Dezember 1931 hat das Schweizervolk abzustimmen über die Vorlage der Bundesbehörden betreffend Einführung der eidg. Alters- und Hinterbliebenenversicherung. Mit der Annahme dieser Vorlage soll ein wichtiges Postulat der Sozialversicherung seiner Verwirklichung entgegengeführt werden.

Es darf bei dieser Gelegenheit wohl darauf hingewiesen werden, dass der Gedanke der Volksversicherung die schweizerische Konsumgenossenschaftsbewegung sozusagen schon seit der Gründung des Verbandes fortwährend beschäftigte, da sie stets vom Bestreben geleitet war, nicht nur in der gemeinsamen Versorgung von Warenartikeln des täglichen Bedarfes, sondern auch auf dem Gebiete des Versicherungswesens den Grundsatz der Solidarität und der Selbsthilfe durchzuführen. Insbesondere ist der Gedanke, die Personalfürsorge zum Teil auf dem Versicherungswege zu lösen, in der schweizerischen Konsumvereinsbewegung auf fruchtbaren Boden gefallen. Die Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine, die diesem Gedanken dient, hat denn auch seit ihrem Bestehen eine überaus wichtige soziale Aufgabe durchgeführt und eine segensreiche Wirksamkeit entfaltet.

Auch die zweite Versicherungsgenossenschaft, die auf Initiative des Verbandes gegründet wurde, die Schweizerische Volksfürsorge (Volksversicherung auf Gegenseitigkeit) in Basel, hat eine wichtige Aufgabe zu erfüllen dadurch, dass sie den Konsumvereinsmitgliedern und auch den übrigen Einwohnern der Schweiz die Möglichkeit bietet, Lebensversicherungen zu niedrigen Prämien abzuschliessen. Es liegt somit in der Entwicklung des sozialen Gedankens, der der schweizerischen Konsumvereinsbewegung innewohnt, wenn die Eidgenossenschaft sich nun anschickt, auf dem Wege des Obligatoriums die eidg. Alters- und Hinterlassenenversicherung einzuführen.

Die Verwaltungskommission erblickt in einem solchen Versicherungswerk die praktische Durchführung des Solidaritätsgedankens, der unter Volksgenossen herrschen soll. Das Wesen der Volksgemeinschaft macht es jedem Bürger zur Pflicht, für das Wohlergehen Aller und insbesondere für das der unselbständig erwerbenden und notleidenden Bevölkerungsklassen einzutreten.

Die Verwaltungskommission ist deshalb gewiss, dass alle in der schweizerischen Konsumgenossenschaftsbewegung organisierten Konsumenten die Einführung der eidg. Alters- und Hinterlassenenversicherung als eine absolut notwendige, dem Interesse des Volksganzen dienende soziale Tat betrachten.

Aus dieser Erwägung heraus hat die Verwaltungskommission beschlossen, es seien Artikel zugunsten der Abstimmungsvorlage vom 5./6. Dezember 1931 in der Verbandspresse zu veröffentlichen.

VERBAND SCHWEIZ. KONSUMVEREINE (V.S.K.)

Kreis IIIa.

(Kreisverband bernischer Konsumvereine)

Ordentliche Herbstkonferenz

Sonntag, den 18. Oktober 1931, vormittags 10 Uhr im Saale des Hotel Bären in Laupen.

TRAKTANDEN:

1. Protokoll der Frühjahrskonferenz vom 10. Mai in Hindelbank.
2. Mitteilungen des Kreisvorstandes.
3. Wahl eines Mitgliedes in den Kreisvorstand an Stelle des verstorbenen Sekretärs Hrn. O. Weibel.
4. Beratung des Statutenentwurfes des V. S. K.
5. Bestimmung des Ortes für die Frühjahrskonferenz.
6. Allfälliges.

Referent zu Traktandum 4: Herr Dr. B. Jaeggi, Präsident der Verwaltungskommission des V. S. K.

Die Vorstände werden eingeladen, zu Ziffer 6 mündlich zu stellende Anfragen vorher dem Kreispräsidenten anzumelden. Adresse: Wiesenstrasse No. 74, Bern.

Unsere ordentliche Herbsttagung findet diesmal im althistorischen Städtchen Laupen statt, dessen rührige Konsumgenossenschaft uns Gewähr bietet, dass diese Tagung sich würdig gestaltet. Die Sensetalbahn wird einen Extrakurs führen, damit die um 9.10 in Gümmenen ankommenden Genossenschafter gleich nach Laupen umsteigen können.

Namens des Kreisvorstandes IIIa:
Der Präsident: **Fr. Tschamper.**

VERBAND SCHWEIZ. KONSUMVEREINE (V.S.K.)

EINLADUNG

zur

Herbstkonferenz des IV. Kreises

(Kantone Solothurn, Basel-Stadt und -Land)

Sonntag, den 18. Oktober 1931, 8¼ Uhr im Bahnhofrestaurant Dulliken bei Olten.

TRAKTANDEN:

1. Appell.
2. Mitteilungen.
3. Statutenrevision des V. S. K.
   Referent: Herr Dr. O. Schär, Vizepräsident der Verwaltungskommission des V. S. K.
4. «Was erstrebt der Konsumgenossenschaftliche Frauenbund?» Referat von Frau Paula Ryser aus Nidau bei Biel.
5. Gesuch der «Coop-Illustrierten» um Zuwendung von Bildermaterial.
6. Nächster Konferenzort.
7. Umfrage.

Gemeinsames Mittagessen um 11½ Uhr à Fr. 4.—.

Aus Rücksicht auf die Zugsverbindungen muss der Beginn der Verhandlungen schon auf 8¼ Uhr festgesetzt werden.

Zu recht zahlreicher Beteiligung ladet ein

Für den Kreisvorstand,
Der Vizepräsident: **Edm. Suter**

VERBAND SCHWEIZ. KONSUMVEREINE (V.S.K.)

Kreis VI.

(Urkantone, Zug und Luzern.)

Einladung

zur

Herbst-Kreiskonferenz

Sonntag, den 18. Oktober 1931, vormittags 10 Uhr im Hotel Beau-Séjour in Gersau.

TAGESORDNUNG:

1. Appell und Bezeichnung der Stimmenzähler.
2. Protokoll der Frühjahrskonferenz in Reiden.
3. Mitteilungen des Präsidenten.
4. Revision der Statuten des V. S. K.
   Referent: Herr E. O. Zellweger, Mitglied der Verwaltungskommission des V. S. K.
5. Internes.
6. Bestimmung des nächsten Konferenzortes.
7. Allgemeine Umfrage.

Für Fahrgelegenheit per Autocar ab Bahnstation Brunnen ab 9.30 ist gesorgt.

Wir erwarten vollzähligen Besuch und entbieten genossenschaftlichen Gruss!

Für den Kreisvorstand:
Der Präsident: **J. Frey.**
Der Aktuar: **A. Hegglin.**

Film- und Vortrags-Zentrale

Paul Altheer, Postfach Fraumünster, Zürich

Die nächsten Veranstaltungen finden statt in:

Münchenbuchsee, Samstag, 10. Oktober, 8¼ Uhr, Bären. Programm: Des Jünglings Sehnen. — Hochzeit mit Hindernissen.

Wolfwil, Sonntag, 11. Oktober, 12½ Uhr. Programm: Reise nach den Kokosinseln. — Mühlengenossenschaft. — Von morgens früh bis abends spät.

Churwalden, 16. Oktober.

Schiers, 17. Oktober.

Romanshorn, 18./19. Oktober.

Rünenberg, 22. Oktober.

Uetendorf, 24./25. Oktober.

Lützelflüh, 30. Oktober.

Rüegsauschachen, 31. Oktober.

Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt

Angebot.

Tüchtiger, selbständiger **Bäcker-Konditor** sucht Stelle in Genossenschaftsbäckerei. Prima Zeugnisse vorhanden. Offerten unter Chiffre W. B. 142 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Seriöse Tochter gesetzten Alters sucht Stelle als **II. Verkäuferin** in Konsum auf 1. oder 15. November. Zeugnisse vorhanden. Kt. Zürich bevorzugt. Offerten sind zu richten unter Chiffre L. K. 143 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Kaufmännischer Angestellter, 20jährig, branchekundig und bewandert im Genossenschaftswesen, sucht per sofort oder später Stellung in Konsumverein (Bureau oder Magazin). Angebote an Bernhard Oberholzer, Schaffhauserstrasse 96, Zürich 6.

Vertraute, seriöse und intelligente Tochter, deutsch und französisch sprechend, sucht Stelle als **Verkäuferin** in Konsumgenossenschaft. Kaution und gute Referenzen. Offerten erbeten unter Chiffre M. B. 53 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Druckarbeiten

aller Art wie:

Briefbogen und Kuverts
Formulare, Lieferscheine
Einkaufsbüchlein
Anteilscheine, Obligationen
Reglemente, Statuten
Jahresberichte etc.

liefert in gefälliger Ausführung die

Buchdruckerei des V.S.K. Basel

Redaktionsschluss: 8. Oktober 1931.

Buchdruckerei des Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel